

Anfrage

des Abgeordneten Ing. Mag. Volker Reifenberger
und weiterer Abgeordneter
an den Bundeskanzler

betreffend die Gefahr islamistischen Terrors und der Umgang der österreichischen Regierung mit dem politischen Islam

Die Folgen der verfehlten Einwanderungspolitik vergangener rot-schwarzer/türkischer Regierungsperioden finden sich tagtäglich in der heimischen Presselandschaft wieder.

Eine Ablehnung abendländischer Werte, das Festhalten an mittelalterlichen Traditionen sowie Gewalt und Intoleranz charakterisieren viele führende Vertreter und Anhänger des Islam und von dessen fundamentalistischen Ausläufern in Österreich bzw. in ganz Europa.

Die jüngsten Pressemeldungen über einen enthaupteten Lehrer in Frankreich oder Morddrohungen gegenüber österreichischen Politikern einschließlich FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Hofer mitsamt deren öffentlichen Befürwortern manifestieren diesen Missstand. Die Reaktionen muslimischer Mitbürger auf den Straßen sprechen eine eindeutige Sprache. Distanzierung geschieht nur vereinzelt.

Des Weiteren musste Verteidigungsministerin Mag. Klaudia Tanner über Aufforderung von FPÖ-Wehrsprecher Reinhard Bösch die Zusammenarbeit mit dem Militärimam des Bundesheeres im Oktober 2020 beenden, weil er öffentlich Sympathie für die ehemalige Dschihad-Bewegung in Bosnien gezeigt habe¹.

Obwohl die Islamische Glaubensgemeinschaft (IGGÖ) jedwede Zusammenarbeit mit der Dokumentationsstelle Politischer Islam der Bundesregierung ablehnt², hat Frau Bundesministerin Tanner die IGGÖ dennoch aufgefordert, einen neuen Imam zu ernennen.

Nach den islamistisch motivierten Attentaten auf die Redaktion von Charlie Hebdo im Jahr 2015 betonten die europäischen Kulturminister (für Österreich der damalige Staatssekretär Dr. Josef Ostermayer), dass „die Kultur, noch mehr als in der Vergangenheit, einen wesentlichen Beitrag zur Förderung der geistigen Öffnung, der Toleranz, des interkulturellen Dialogs, der Integration und des wechselseitigen Respekts zu leisten hat“.

Der muslimische Ältestenrat in Abu-Dhabi, deren Vorsitzender der vom Papst in seiner Enzyklika „Fratelli tutti“ gepriesene Groß-Imam der Al-Azhar Moschee Ahmed al-Tayeb ist, hat allerdings am 26. Oktober 2020 angekündigt, Chalie Hebdo und „jeden, der den Islam und dessen Symbole bekämpft“ rechtlich zu verfolgen.³

¹ <https://orf.at/stories/3186377/>

² <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/raab-kritisiert-gespraechsverweigerung-der-iggoe-90548710>

³ <https://www.muslim-elders.com/en/MediaCenter/222>

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan meinte sogar in verhetzender und inakzeptabler Art und Weise, dass die Muslime heute „eine ähnliche Lynchkampagne, wie sie gegen Juden in Europa zur Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg geführt wurde“, erleben. In Dhaka protestierten 40.000 Menschen gegen Macron und die Mohammed-Karikaturen, in Islamabad rief das Parlament dazu auf, den Botschafter aus Paris abzuziehen. Es erfolgte ein großangelegter Boykott von französischen Produkten.

Es scheint ein wahrer, nunmehr auch wahrnehmbarer, Kulturkampf zwischen Europa und der muslimischen Welt entbrannt zu sein.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler nachstehende

Anfrage

1. Wie wird seitens des BKA mit dem politischen Islam umgegangen?
2. Werden nach den allgegenwärtigen Vorfällen aus der Gruppe der Muslime in Österreich weitere Schritte seitens des BKA zur Förderung des interkulturellen Dialogs und der Integration sowie des Abbaus von Intoleranz bei den Muslimen gesetzt?
 - a) Wenn ja, welche Schritte werden gesetzt?
 - b) Wenn nein, warum werden trotz der offensichtlichen Ablehnung heimischer/westlicher Werte keine Schritte gesetzt?
3. Welche Erfolge konnten bisher bei der Förderung des interkulturellen Dialogs und der Integration sowie des Abbaus von Intoleranz bei den Muslimen in Österreich erzielt werden?
4. Welche Schritte zur Förderung des interkulturellen Dialogs und der Integration sowie des Abbaus von Intoleranz sind seitens des BKA für die folgenden Jahre geplant?
5. Welche Konsequenzen wird die Ablehnung der Zusammenarbeit mit der Dokumentationsstelle Politischer Islam, mit welcher Österreich laut Bundesministerin Susanne Raab zum Vorreiter im Kampf gegen den Politischen Islam wird, für die Islamische Glaubensgemeinschaft (IGGÖ) haben?



